

Themenbereich I. Hochschulzugang (parallele Foren)

Donnerstag 15. Mai 2008

1. Auswahlverfahren der Hochschulen (Moderation: Dr. Irene Lischka)

Dr. Andrea Sperlich

Managementaufgabe Studierendenauswahl - Private Hochschulen als Pioniere

Ausgangslage

Den Studierenden einer Hochschule - sei sie staatlich oder privat getragen - kommt eine besondere Bedeutung zu. Ihre Zusammensetzung entscheidet über Lernfortschritt und Zufriedenheit. In der Folge führt dies für die Absolventen zu entsprechend qualifizierten Abschlüssen und besseren Berufschancen, für die Hochschulen zu geringeren Abbrecherquoten und damit zu positiver Mundpropaganda sowie einer gesteigerten Attraktivität. Letztlich beeinflussen die Hochschulgemeinschaft und die von ihr erzielten Resultate die Reputation und das Image der Hochschule. Eine der Herausforderungen, der sich auch staatliche Hochschulen seit der Reform des Hochschulzugangs im Jahr 2004 stellen müssen (beziehungsweise stellen dürfen), ist demnach die sorgfältige Auswahl ihrer Studierenden. In Zeiten wachsenden Wettbewerbsdrucks sollten die Hochschulen diesen Selektionsprozess nicht nur als zusätzlichen, kosten- und zeitaufwändigen Verwaltungsvorgang betrachten, sondern als eine von den Hochschulmanagern der obersten Ebene (Rektoren und Präsidenten) zu steuernde Aufgabe. Die Erfahrungen der privaten Hochschulen Deutschlands, die seit jeher ihre Studierenden selbst auswählen, können ihnen als Anhaltspunkte für weiterführende Überlegungen dienen. Doch auch die Studieninteressenten treffen Entscheidungen: Bei wie vielen und bei welchen Hochschulen sollen sie ihre Unterlagen einreichen, um ihre Chancen auf einen Studienplatz zu maximieren und gleichzeitig die Kosten so gering wie möglich zu halten?

Es handelt sich daher um eine mehrstufige, gegenseitige Auswahl von Hochschulen und Studieninteressenten, so dass auch der Begriff ‚Passfähigkeit‘ berechtigterweise in der neueren einschlägigen Literatur die ‚Studierfähigkeit‘ ablöst. Und dennoch wird damit ausschließlich die Sichtweise der Hochschule eingenommen und das Zusammenspiel von Bewerber und Hochschule(n) weiterhin vernachlässigt.

Ziel des Beitrags

Der Beitrag befindet sich thematisch an der Schnittstelle zwischen Betriebswirtschaftslehre und Psychologie. Seine Grundlage bildet die Übertragung arbeits- und organisationspsychologischer Erkenntnisse zur Personalauswahl auf den Hochschulkontext. Während für die Psychologie die Objektivität, Reliabilität und (prognostische) Validität der verschiedenen Auswahlverfahren im Vordergrund stehen, interessieren die Hochschulmanagementforschung darüber hinaus die konkreten Einsatzmöglichkeiten und die Gegenüberstellung der spezifischen Kosten und Nutzen. Letztlich zeigt sich jedoch, dass das häufig genutzte, aber kostenintensive Instrument des Auswahlgesprächs oftmals stark von Subjektivität geprägt ist und den Charakter eines Initiationsritus annimmt.

In die Betrachtung fließen Sekundärdaten über die Auswahlverfahren an deutschen staatlichen und privaten Hochschulen ein (Heine, Christoph et al., Bestandsaufnahme von Auswahl- und Eignungsfeststellungsverfahren beim Hochschulzugang in Deutschland und ausgewählten Ländern, Hannover 2006).

Des Weiteren entwickelt der Beitrag am Beispiel einer privaten Hochschule Überlegungen für die Wahl der optimalen Strategie - beginnend bei der Profilbildung, über das Marketing für einen Studiengang bis hin zur Immatrikulation der Wunschkandidaten. Dabei werden sowohl die individuelle studentische als auch die institutionelle Perspektive einbezogen. Die dabei generierten Handlungsempfehlungen können auf staatliche Hochschulen übertragen werden.

Dr. Andrea Sperlich

Animiert durch spannende, abwechslungsreiche Jahre als Mitarbeiterin zweier privater Hochschulen, wandte sich Dr. Andrea Sperlich in einem Forschungsprojekt der theoretischen Seite des Phänomens „Private Hochschulen in Deutschland“ zu. Ihre Dissertation verfasste sie an der Universität Mannheim über Hochschulmanagement, insbesondere über Erfolgstheorien und Erfolgsfaktoren. Letztere gewann sie aus einer empirischen Analyse mit Hilfe der PLS-Methode. Seit dem Abschluss ist sie als freiberufliche Hochschulberaterin tätig und führt Hochschulen auf die Erfolgsspur. Zu ihren Schwerpunkten zählen dabei und in ihrer Forschung vor allem Akkreditierungen, Evaluationen und Studierendenauswahlverfahren.

Maren Täger

Die neue Zulassungspraxis an deutschen Hochschulen: Der Zugang zum Studium im Spannungsfeld von Offenheit und Auswahl

Im Juli 2004 wurde eine Reform der Hochschulzulassung beschlossen, die die zukünftige Studienplatzvergabe in den bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen neu regelt. Diese Neuregelung betrifft diejenigen Studienfächer, in denen eine Studienplatzvergabe bisher über die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) erfolgte. Im siebten Hochschulrahmenänderungsgesetz ist implementiert, dass ab dem Wintersemester 2005/2006 60% der zulassungsbeschränkten Studienplätze von den Hochschulen selbst vergeben werden dürfen. Die Studienplatzvergabe in den nicht zulassungsbeschränkten Fächern hingegen unterliegt der rechtlichen Regelung der jeweiligen Landesgesetze und auch diese sehen inzwischen die Übertragung weit reichender Handlungsrechte auf die Hochschulen vor, die beinhalten, dass die Hochschulen und ihre Fakultäten über die Aufnahme ihrer zukünftigen Studierenden vollkommen selbstständig in sog. Auswahl- und Eignungsfeststellungsverfahren entscheiden können. Allen Reformen bzw. Gesetzesänderungen zum Hochschulzugang bzw. -zulassung gemeinsam ist, dass die Hochschulen ihre zukünftigen Studierenden in fachinternen und -spezifischen Auswahlverfahren nach eigenen aufgestellten Kriterien auswählen. Proklamiertes Ziel ist es, die Studienabbruchquote zu verringern, die Profilbildung zu stärken und die interne und globale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hochschulsystems, der Hochschulen bzw. der Studierenden untereinander zu intensivieren.

Vor diesem Hintergrund thematisiert der Vortrag die Reformierung des Hochschulzugangs als einen komplex ablaufenden Prozess und analysiert aus Sicht der Bildungsforschung die möglichen Wirkungen der Neugestaltung und -organisation des Hochschulzugangs durch die Implementierung hochschuleigener bzw. fachspezifischer Auswahl- bzw. Eignungsfeststellungsverfahren. Ziel des Beitrags ist, die Wirkungen, die von veränderten Eintrittsbedingungen in die Hochschulen ausgehen, vor dem Hintergrund bildungssoziologischer Annahmen und Einflussfaktoren in Bezug auf den Hochschulzugang theoretisch zu analysieren sowie für ein sozialwissenschaftliches Fallbeispiel empirisch aufzuarbeiten. Mittels eines Fragebogens wurden alle Bewerber (insgesamt 614 Personen), die sich für das Eignungsfeststellungsverfahren am Institut für Soziologie der LMU München in den Wintersemestern 2004/05, 2005/06 und 2006/07 beworben hatten, zur Einführung des fachspezifischen Auswahlverfahrens befragt. Die Ergebnisse zeigen die individuellen Bewerbungsverläufe und -strategien (Problem der Mehrfachbewerbung), die Studienwahl und das Informationsverhalten der Bewerber sowie deren allgemeine Akzeptanz und Einstellung gegenüber Auswahlverfahren auf.

Darüber hinaus thematisiert der Vortrag, inwieweit - neben den Studienanfängern bzw. Bewerbern - die Änderung der Zulassungspraxis über das gesamte Hochschulsystem und die innerhochschulischen Akteure und Strukturen hinaus reichende, vielfältige spill-over-Effekte auslösen kann und wird, die individuell und gesamtgesellschaftlich wirken und von der Schule in die Hochschule bis vermutlich in den Arbeitsmarkt hineinreichen. So ist davon auszugehen, dass die Reformierung des Hochschulzugangs intendierte und nicht-intendierte Folgen und Einflüsse auf die vorgelagerte und abgebende Organisation Schule (spezifischer Gymnasium) genauso wie auf die nachgelagerten und aufnehmenden Organisationen des Arbeitsmarktes hat.

Maren Täger

Dipl.-Soziologin, geb. 1977, studierte Soziologie in Tübingen und München und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am ehem. Lehrstuhl von Prof. Jutta Allmendinger (z. Zt. vertreten von Prof. Hans Pongratz) am Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen in der Bildungs- und Organisationsforschung, Gegenstand des Promotionsprojekts ist eine theoretisch-empirische Analyse der Wirkungen der neuen Modelle des Hochschulzugangs durch Auswahl- und Eignungsfeststellungsverfahren.

1

Z. Zt. findet die Befragung der Bewerberkohorte für das Wintersemester 2007/08 statt.

Themenbereich I. Hochschulzugang (parallele Foren)

Donnerstag 15. Mai 2008

2. Anrechnung beruflicher Kompetenzen (Moderation: Dr. Marion Kamphans)

Dr. Walburga Freitag

Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge

Mit der bundesweiten Förderung von elf Entwicklungsprojekten verfolgt das BMBF das übergeordnete bildungspolitische Ziel, Bildungswege zwischen der beruflichen und hochschulischen Bildung zu öffnen und durchlässiger zu gestalten. In der beruflichen Aus- und Weiterbildung erworbene Kompetenzen sollen auf das Studium angerechnet werden, sofern sie äquivalent zu einem konkreten akkreditierten Bachelor-Studiengang einer Hochschule sind. Aufgabe der zwischen 2005 und 2007 geförderten Projekte war die Entwicklung von Anrechnungsverfahren.

Auf der Tagung wird exemplarisch dargestellt,

- wie die Projekte die Aufgabe umgesetzt haben,
- welche Herausforderungen dabei zu lösen waren,
- in welcher Weise die Ergebnisse von anderen Hochschulen aufgegriffen werden können, welches Potential Anrechnung bietet,
- welche hochschulischen Rahmenbedingungen hierfür erforderlich sind.

Da Anrechnung und Zulassung zum Studium zwei unterschiedliche Prozesse sind, werden darüber hinaus die Fragen zu diskutieren sein, welchen Beitrag die derzeit bestehenden rechtlichen Regelungen der Länder zur Durchlässigkeit leisten (u.a. Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung, Quotenregelungen für Meister- und gleichgestellte Fortbildungen), durch welche Vereinheitlichung der Ländergesetzgebungen sie verbessert werden kann und welches Potential Anrechnung vor dem Hintergrund der EU-Ziele insgesamt und im Vergleich und anderen Instrumenten haben kann.

Dr. Walburga Katharina Freitag

Studium der Erziehungswissenschaften und Soziologie an der Universität Bielefeld mit den Schwerpunkten Bildungsplanung & Berufsbildung sowie Methoden qualitativer Sozialforschung. Wissenschaftliche Mitarbeiterin der HIS – Hochschul-Informationssystem GmbH, Hannover. Schwerpunkt: Wissenschaftliche Begleitung der BMBF-Initiative „Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge“ (ANKOM).

Andrea Micheler

Anrechnung von Kompetenzen, Kenntnissen und Fähigkeiten beruflicher Weiterbildung in Aufbaustudiengängen: Eine exemplarische Untersuchung

Im Bildungs- und Berufsbildungssystem kommt der Entwicklung, Analyse und Bewertung von Kompetenzen eine zentrale Bedeutung zu. Der Begriff „Kompetenz“ steht auf europäischer Ebene im Mittelpunkt von Handlungen, im Rahmen des lebensbegleitenden Lernens die Bildungssysteme vergleichbarer und wechselseitig anrechenbar zu machen. Deutlich wird dies durch den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR), das Europäische Kreditpunktesystem für die berufliche Bildung und das Europäische Leistungspunktesystem an Hochschulen. Auf nationaler Ebene werden diese Entwicklungen bildungspolitisch unterschiedlich beurteilt, dennoch wird die prinzipielle Anerkennung von beruflich erworbenen Kompetenzen auf weiterführende Bildungsgänge nicht in Frage gestellt. Im Rahmen einer Masterarbeit wurde anhand des Referenzstudienganges BA „Business Administration“ die Frage beleuchtet, inwieweit Kompetenzen, Kenntnisse und Fähigkeiten, die durch berufliche Aus- und Weiterbildung erworben wurden, im quartären Bildungssektor (wissenschaftliche Weiterbildung) durch Anrechnung berücksichtigt werden können. In einem qualitativen Forschungsdesign werden die Selbsteinschätzung der Kompetenzen von Studierenden und die Motivation von potentiellen Studienanfängern erhoben und damit der Versuch unternommen, die theoretischen Kompetenzansätze (nach Dehnbostel, P., Erpenbeck, J., EQR, E., Klieme) einer empirischen Überprüfung zu unterziehen.

Besondere Bedeutung für die aktuelle bildungspolitische Diskussion der Kompetenzanrechnung kommt der Unterscheidung von individuellen (durch informell erworbene Kompetenzen) und pauschalen (durch Fortbildungsqualifikationen) Anrechnungsverfahren zu, wie sie im „Oldenburger Modell“ berücksichtigt wurden.

In einer nicht repräsentativen aber exemplarischen Untersuchung wurden insgesamt sechs Absolventen beruflicher Weiterbildung – Industriefachwirte und IHK-Betriebswirte – mit Hilfe eines halbstrukturierten Interviewleitfadens zur Selbsteinschätzung ihrer innerhalb der beruflichen Bildung und informell erworbenen Kompetenzen mit Bezug auf den Referenzstudiengang befragt und so die subjektive Einordnung auf verschiedenen Ausbildungsebenen erfasst.

Schwerpunkte der Untersuchung waren insbesondere die Einschätzung der Befragten zu den Themen

- Inhalt der IHK-Fortbildung und der Lernergebnisse
- Kompetenzerwerb außerhalb des Lehrgangs
- Einstufung in den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR)
- Informelles Lernen, implizites und reflexives Lernen
- Kompetenzen und Kompetenzerwerb
- Charakterisierung des Studienganges „Bachelor KMU“
- Anrechnung und Zulassung

Die Auswertung der erhobenen Daten erfolgt mit dem Verfahren der Qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring und der Grounded Theory nach Strauss/Corbin. Die Ergebnisse werden qualitativ durch Kategorisierung erhoben, quantifiziert und in Form von Balkendiagrammen präsentiert. Dabei, konnte aufgrund der kleinen Stichprobe von sechs Probanden, dem Anspruch auf eine statistische Genauigkeit nicht ganz entsprochen werden..

Die Ergebnisse aus dieser Forschungsarbeit zur „Anrechnung von pauschalen und individuellen Kompetenzen, Fähigkeiten und Fertigkeiten von beruflicher Bildung/-Weiterbildung auf ein Hochschulstudium“ haben in der Zwischenzeit exemplarisch für die Anrechnung Betriebswirt (IHK) und Industriefachwirt (IHK) in der Studien- und Prüfungsordnung der Universität Oldenburg ihre Berücksichtigung zur Anrechnung von Modulen (ECTS) gefunden.

Andrea Micheler

Andrea Micheler ist Diplom Betriebswirtin (FH) und studierte anschließend den berufsbegleitenden internetgestützten Masterstudiengang MBA Bildungsmanagement an der Universität Oldenburg. Voraussichtlich bis Mitte 2008 studierte Sie parallel den berufsbegleitend den kooperativen Masterstudiengang beratende Sozialarbeit (klinische) an der Alice Salomon FH in Berlin und Coburg.

Themenbereich I. Hochschulzugang (parallele Foren)

Donnerstag, 15.05.2008

3. Die Gestaltung des Übergangs von der Schule in die Hochschule (Moderation: Dr. Johanna Witte)

Dr. Ing. Jupp Asdonk, Gabriele Glässing

Studienvorbereitung in der gymnasialen Oberstufe

Krisen und Kontinuitäten in den individuellen Bildungsgängen kennzeichnen den Übergang von der Schule zur Hochschule. Vor dem Hintergrund der Neuordnung der gymnasialen Oberstufe und der Einführung der Bachelor-Master-Studiengänge an den Hochschulen thematisieren wir in unserer Untersuchung die Lern- und Entwicklungsprozesse der Schüler/-innen in der gymnasialen Oberstufe und die der Studierenden in der Studieneingangsphase. Ziel ist es, mit dem Nachzeichnen der „Bildungsgänge“ (Trautmann u.a. 2005) und des „Statuswechsels“ (Friebertshäuser 1993) Erkenntnisse über Probleme des Lernens in diesen Kontexten zu gewinnen und für Überlegungen zur schulischen Vorbereitung auf ein Studium und zur besseren Abstimmung zwischen Schule und Hochschule zu nutzen.

Dazu werden in einer über mehrere Jahrgangskohorten angelegten Längsschnittuntersuchung die Schülerinnen und Schüler acht kooperierender Gesamtschulen und Gymnasien in der Region Ostwestfalen sowie des Oberstufen-Kollegs am Ende ihrer Schulzeit und jeweils zwei Jahre später befragt, wie sie sich in ihrer Schule auf ein Studium vorbereiten und wie sie den Einstieg in ihr Studium erfahren haben. In der Untersuchung werden quantitative Erhebungen (mit standardisierten Fragebögen) durch qualitative Zugänge ergänzt (Fallstudien auf der Basis von Leitfadenterviews). Unser Beitrag richtet den Blick auf die Lernprozesse in der gymnasialen Oberstufe, in deren Zentrum der Erwerb studien- (bzw. berufs-)relevanter Kompetenzen steht. Mit dem Blick auf den Übergang und den beabsichtigten Einstieg in das Studium fragen wir insbesondere nach unterstützenden Lernbedingungen in den verschiedenen Schulen, die – so unsere Hypothese - als soziales Kapital soziale Disparitäten abfedern und individuelle Entwicklungen fördern können.

Dr. Ing. Jupp Asdonk

Er ist seit 1976 wiss. Mitarbeiter am Oberstufen-Kolleg, 1987-1995 wiss. Mitarbeiter am Institut für Wissenschaft- und Technikforschung der Universität Bielefeld, 1996 – 2004 Leiter des Oberstufen-Kollegs. Aktuelles Forschungsprojekt : Die Längsschnittuntersuchung „Krise und Kontinuität in Bildungsgängen: Der Übergang "Schule-Hochschule"

Gabriele Glässing

Diplompsychologin, wiss. Mitarbeiterin der Wissenschaftlichen Einrichtung Oberstufen-Kolleg, die der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Bielefeld zugeordnet ist und mit der Versuchsschule Oberstufen-Kolleg eng zusammenarbeitet. Das Oberstufen-Kolleg ist wie die benachbarte Laborschule Versuchsschule des Landes NRW; beide wurden von Hartmut von Hentig und seinen Mitarbeiter/innen Anfang der 1970er Jahre gegründet. Derzeitige Arbeitsschwerpunkte sind die vergleichende Längsschnittuntersuchung zum Übergang Schule-Hochschule, ein Projekt in Zusammenarbeit mit neun kooperierenden Schulen der Region. Des Weiteren leitet sie ein Kooperationsprojekt mit dem Hamburger Landesinstitut für Schulentwicklung und Lehrerbildung in Hamburg, Abteilung Qualitätssicherung (LAU Vergleichsuntersuchung).

Kristina Gensch

Informelle Selektion beim Übergang an die Fachhochschule: Betroffene und Gegenmaßnahmen

Zur Erreichung des bildungspolitisch angestrebten Ziels, den Anteil der Personen mit Hochschulausbildung am jeweiligen Altersjahrgang auf 40 % zu erhöhen, ist es erforderlich, dass möglichst viele Studienberechtigte ihre Studienoption tatsächlich einlösen und dass die Studienerfolgsquoten steigen. Dafür ist es von großer Bedeutung, bisher unterrepräsentierte Gruppen zur Aufnahme eines Studiums zu veranlassen und sie auch anschließend bis zum Abschluss im gewählten Studiengang zu halten.

So liegt der Frauenanteil zwar an den Universitäten bundesweit seit Jahren stabil um die 50 %, an Fachhochschulen schwankt er jedoch um 40 %. Noch stärker als zwischen den Geschlechtern sind die Diskrepanzen nach Art der Hochschulzugangsberechtigung. Während bei Abiturienten die Übergangsquote bei etwa 80 % liegt, entscheiden sich Studienberechtigte mit Fachhochschulreife nur zu ungefähr 60 % für ein Hochschulstudium. Darüber hinaus lagen unter den Studienanfängern der Jahre 1999-2002 die Studienverbleibsquoten der Studierenden mit Fachhochschulreife an 13 von 16 bayerischen Fachhochschulen im siebten Semester um bis zu 27 Prozentpunkte unter denen der Absolventen von Gymnasien.

Diese Daten deuten auf eine gruppenspezifische Problematik sowohl beim Übergang in das Studium als auch in dessen Verlauf hin. Daher analysiert eine 2007 abgeschlossene Untersuchung des IHF die Studieneingangsphase an Fachhochschulen mit Fokus auf die verschiedenen Hochschulzugangsberechtigungen und Geschlechter. Die Studie ging den Fragen nach,

- bei welchen Studierendengruppen an Fachhochschulen (differenziert nach Hochschulzugangsberechtigung und Geschlecht) verstärkt Schwierigkeiten in der Studieneingangsphase auftreten (Methode: Datenerhebung und -auswertung) und
- welche (spezifischen) Maßnahmen zur Erleichterung des Übergangs und zur Bewältigung der frühen Studienphase bereits jetzt ergriffen werden und künftig getroffen werden sollten (Methode: Leitfadengestützte Interviews mit Vertretern von vier bayerischen Fachhochschulen; Verknüpfung der Interviewergebnisse mit den Ergebnissen der Datenauswertung und einschlägiger Literatur).

Neben den Grundlagen und der Methode sollen im Rahmen der Tagung vor allem wesentliche Ergebnisse der Studie vorgestellt werden:

Eine detaillierte Datenauswertung an bayerischen Fachhochschulen ergab, dass – neben der aus den Studierquoten von Abiturienten und Fachoberschulabsolventen ablesbaren Selbstselektion – offenbar auch eine informelle Selektion unter den Studierenden nach Studienaufnahme stattfindet. So lagen im fünften Semester die Verbleibsquoten der Studierenden mit Fachhochschulreife klar unter denen der Studierenden mit allgemeiner Hochschulreife. Auch hatte sich bis zum fünften Semester die Zahl der Studentinnen mit Fachhochschulreife deutlich (um ca. 27 %) reduziert, die der Studentinnen mit Abitur jedoch um weniger als 5 %. Offenbar haben also Personen mit Fachhochschulreife insgesamt mehr Probleme, im Studium an einer Fachhochschule Fuß zu fassen als solche mit allgemeiner Hochschulreife. Ganz besonders gilt dies für Frauen mit Fachhochschulreife.

Die befragten Hochschulen bieten, teilweise in Kooperation mit externen Stellen, bereits Fördermaßnahmen zur Unterstützung in der Studienwahl- und Vorbereitungsphase sowie in der Frühphase des Studiums an, die allerdings überwiegend nicht die speziellen Voraussetzungen der unterstützungsbedürftigen Zielgruppen berücksichtigen. Daher werden der Ausbau und die Ausweitung sowie insbesondere der gezieltere Einsatz solcher Maßnahmen empfohlen. Träger können neben den Hochschulen auch Dritte sein.

Kristina Gensch

Diplom Geografin, Diplomabschluss im Studiengang Sozialgeographie an der TU München, danach Tätigkeit im Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung (Tätigkeitsbereiche: Regionale Auswirkungen von Hochschulneugründungen; Attraktivität von Studienstandorten; Erwachsenenstudium im internationalem Vergleich)
Tätigkeit im Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung (Tätigkeitsbereiche: Untersuchungen zu Gesundheitsstudiengängen: Evaluierung von Pflegemanagement-Studiengängen an Fachhochschulen; Implementierung des Münchner Public Health-Studiengangs; Berufsentscheidungen von Medizinerinnen; Attraktivität des Studienstandorts Deutschland; Bachelor- Master-Studiengänge in Bayern; Praxisbezug in den Bachelor-Studiengängen an Fachhochschulen; Studieneingangsphase- Studienabgänge; Studienbeiträge.

Prof. Dr. Gerd Grözinger

Die regionale Dimension der Studienentscheidung

In Deutschland ist die Studienentscheidung nur Gegenstand weniger empirischer Untersuchungen gewesen. Zumeist wurde nachträglich von einigen Hochschulen bzw. von einzelnen Fachbereichen zu erheben versucht, wie die dort Eingeschriebenen zu ihrer Wahl kamen. Als repräsentativ können dagegen vor allem die Arbeiten des HIS gelten, von dem mehrfach seit 1990 AbiturientInnen einige Monate nach Schulabschluss nach ihren Studienwünschen bzw. nach ihren angestrebten beruflichen Alternativen befragt wurden, zuletzt 2004. Und kürzlich hat das CHE noch eine Studie vorgelegt, in der die Motive der Studienentscheidung auf Grundlage einer eigenen Befragung von SchülerInnen im Abschlussjahr erhoben wurden.

Kaum eine Rolle jedoch spielte bisher die Dimension einer regionalen Mit-Bedingtheit der Studienwahl. Ob es überhaupt Angebote an Studienplätzen vor Ort bzw. in der näheren Umgebung gibt, welche Fächer und Abschlüsse sie umfassen, und inwiefern dies für die Aufnahme eines Studiums von Bedeutung ist, ist ebenso selten Gegenstand von eigenen Untersuchungen gewesen wie die Frage, ob andere Eigenschaften der Herkunftsregion, etwa ihre Branchenstruktur, die Bevölkerungsdichte, die dort herrschende Arbeitslosigkeit etc., einen Einfluss auf die Studienentscheidung ausüben. Bei den Befragungen von HIS und CHE wird nur eine geringe Rolle angenommen.

Die hier vertretene Ausgangsthese ist, dass jedoch solche regionalen Einflüsse bestehen und sie sogar oft wichtiger als manche der bisher thematisierten Faktoren sind. Dafür finden sich empirische Anfangsbelege, die aus bisher unveröffentlichten und von anderer Seite unausgewerteten Daten stammen. Sie beruhen auf einer Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts, wobei für Studierende folgende Informationen zusammengestellt sind: Geschlecht, Herkunftskreis (Schulort), Name der Hochschule, Sitzkreis der Hochschule, Studienfach. Der Datensatz ist ausgesprochen detailreich und umfasst mehrere Hunderttausend solcher Zeilen. Diesem Datensatz lassen sich Regionaldaten zuspielen, etwa zur Arbeitslosigkeit, zur Branchenstruktur etc. Ebenso in den Datensatz integrierbar sind Entfernungangaben. Dadurch müssen Analysen nicht auf der Ebene von politisch-administrativen Raumgrenzen begrenzt bleiben.

So erwies sich bei einer ersten Regressions-Berechnung als der bei weitem stärkste Einfluss das regionale Studienplatzangebot (neben der Arbeitslosigkeit, dem Urbanisierungsgrad etc.). Je mehr Studienplätze auf Kreisebene vorhanden waren, desto höher war auch die Gesamtstudierquote (an Hochschulen im Kreis und außerhalb). Natürlich ist das noch für Fächer, Hochschultypen, Geschlecht der Studierenden, entferntere Angebote zu präzisieren.

Es kann zusätzlich geprüft werden, inwiefern es weitere Einflüsse eines regionalen Studienangebots gibt. Die ersten Tests legen nahe, dass für hier sowohl Beziehungen zur Geburtenhäufigkeit wie zum Anteil der Oberstufenschüler an allen Schülern existieren. Es ist also etwa gut möglich, dass das Vorhandensein einer oder mehrerer Hochschulen in der Nähe bereits positive Wirkung auf die Neigung zeigt, eine Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben. Solche sich kumulierenden (oder auch abschwächenden) Kausalitätsverknüpfungen sollen dann pfadanalytisch untersucht werden.

Prof. Dr. Gerd Grözinger

Volkswirt und Soziologe, ist Geschäftsführender Direktor des Collegium Mare Balticum an der Universität Flensburg. Zahlreiche Veröffentlichungen in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, zuletzt etwa Herausgeber von 'Perspektiven der Bildungsforschung' (2007), 'Managing Higher Education' (2007), 'Sozialkapital, eine (un)bequeme Kategorie' (2008).

Themenbereich I. Hochschulzugang (parallele Foren)

Freitag, 15. Mai 2008

4. Die soziale Dimension des Übergangs (Moderation: Prof. Dr. Margret Bülow-Schramm)

Dr. Thomas Köhler

Die Entwicklung milieuspezifischer Bildungs- und Studienstrategien nach der Einführung von Studiengebühren

Der Beitrag sondiert auf der Basis einer explorativen Empirie (zielgruppenspezifische Fokusgruppen) die Haltung Studierender zu Studiengebühren vor dem Hintergrund ihrer Dispositionen, Aspirationen und Deutungsmuster. Mit Hilfe der an Pierre Bourdieus Soziologie geschulten Analyse von sozialen Klassen und Praxisformen und dem Konzept des Studierendenmilieus soll aus der Bandbreite möglicher Umgangsweisen ein kleiner Abschnitt abgewandert werden.

Die Effekte der Studiengebühren auf Studierende der Oberen Schichten dürften eher marginal sein, da hier hinreichend finanzielle Reserven vorhanden sind und die Bedeutung des Hochschulabschlusses als sehr hoch eingeschätzt wird. Bildungspolitisch bedeutsamer ist die Entwicklung in den Milieus, in denen die Übergangsraten längst nicht ausgeschöpft sind, die aber ganz unterschiedlich auf Studienbeiträge reagieren werden. Die Milieus der bürgerlichen Mitte könnten sich mit ihren derzeit noch geringen Ausschöpfungsquoten als Gewinner herausstellen. Die hier vorfindbaren Dispositionen zur Leistungsbereitschaft und zum meritokratischen Wettbewerb könnten das ideale Fundament sein, um Hochschulen, die nicht allzu hohe Studienbeiträge erheben, als attraktiver gewordene Ausbildungsorte einzuschätzen. Studierende aus dem gehobenen Milieubereich des „neuen Kleinbürgertums“ (Bourdieu), die gerne als Langzeitstudierende mit *liberal arts*-Ansprüchen studiert haben, werden sich aufgrund ihrer hohen Affinität zum kulturellen Kapital vermutlich nicht in gravierendem Ausmaß von den Gebühren ‚eliminieren‘ lassen, dürften aber sehr unzufrieden sein, weil sie ihren bildungshedonistischen Studienstil nun unter Effizienzdruck geraten sehen und eine angepasste Studierweise gestalten müssen. Der untere Bereich, der von der Bildungsexpansion bis in die 80er Jahre hinein profitieren konnte, aber schon seit den 90er Jahren unter Druck geraten ist, dürfte hingegen zum großen Reformverlierer werden: hedonistische Lebensweise und Kapitalmangel ergänzen und verstärken sich negativ, ganz ähnlich wie im konsummaterialistischen Milieu, das eigentlich als Zielgruppe der Hochschulreform erst noch hätte entdeckt werden müssen, nun jedoch als weitgehend abgeschlagene Sozialgruppe den Hochschulzugang wie ehemals nur in ganz seltenen Ausnahmefällen finden wird.

Deutlich werden soll hier immerhin, dass die Beforschung milieuspezifischer Studierweisen auf manche Überraschung, die das tatsächliche Studierverhalten den allzu linear gedachten Erwartungen und Befürchtungen bereiten könnte, schon jetzt vorbereiten kann und die Kritik an den Studienbeiträgen damit differenzierter und angemessener formulieren hilft.

Thomas Köhler

Dr. rer. pol., seit 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Hildesheim, seit Mitte der 90er Projekte und Publikationen im Rahmen einer kultursoziologischen Hochschul- und Studierendenforschung.

Heiko Quast/Heike Spangenberg

Studiengebühren und ihre Auswirkungen auf soziale Ungleichheit beim Hochschulzugang

Im Januar 2005 wurde das in der Novelle des Hochschulrahmengesetzes von 2002 festgeschriebene bundesweite Verbot der Erhebung allgemeiner Studiengebühren bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aufgehoben. Sieben Bundesländer haben seitdem Studiengebühren von bis zu 500 Euro pro Semester eingeführt. Die Diskussion über mögliche Auswirkungen dieser bildungspolitischen Entscheidung ist sehr emotionsgeladen. Untersuchungen fokussieren jedoch bislang ausschließlich auf Studierverhalten und Studienabbruch von bereits Studierenden. Die vermuteten Auswirkungen auf den Hochschulzugang von Studienberechtigten entbehren dagegen jeglicher empirischen Grundlage. Zu beobachten ist zwar, dass die Studienanfängerzahlen in Deutschland seit 2004 rückläufig sind, und dies trotz steigender Studienberechtigtenzahlen. Ein zwingender Beleg für die sozial selektive, abschreckende Wirkung von Studiengebühren auf potenzielle Studienanfänger/innen ist dies jedoch nicht.

In dem Beitrag soll deshalb der Frage nachgegangen werden, welche Bedeutung der Einführung von Studiengebühren bei den Studienentscheidungen von Schulabgänger/innen unterschiedlicher sozialer Herkunftsgruppen tatsächlich zukommt. Die Vermutung liegt nahe, dass – ebenso wie bei der Umstellung des BAföG auf ein Vollدارlehen in den 1980er Jahren – vor allem Jugendliche aus Arbeiterhaushalten und Haushalten mit niedrigem Bildungsniveau von der finanziellen Hürde Studiengebühren abgeschreckt werden und auf die Einlösung ihrer mit der Hochschulreife erworbenen Studienoption verzichten. Aus bisherigen HIS-Untersuchungen ist bereits bekannt, dass Studienberechtigte aus nicht-akademischen Elternhäusern auch dann eher auf ein Studium verzichten als Akademikerkinder, wenn sie die Schule mit besseren Noten abgeschlossen haben. Mit der Einführung von Studiengebühren stellt sich nun die Frage, ob sich dieser Effekt verstärkt, der Leistungsstand gegenüber der Bildungsherkunft bei der Studienentscheidung also weiter an Bedeutung verliert.

Die Studienberechtigten aus bildungsfernen Schichten, die sich dennoch für die Aufnahme eines Hochschulstudiums entscheiden, – so eine weitere Annahme – müssen die Studiengebühren besonders oft durch Jobben finanzieren und können vergleichsweise selten mit finanzieller Unterstützung ihrer Familie rechnen. Als Folge dieser stärker durch Erwerbstätigkeit geprägten Studienfinanzierung sind zwei Studienstrategien denkbar: ein möglichst schneller Studienabschluss mit großer zeitlicher Belastung oder aber die Einkalkulierung einer Studienzeiterverlängerung. Die erste Strategie könnte sich negativ auf die Studienleistungen auswirken, die zweite würde den Eintritt ins Erwerbsleben verzögern. Anhand der HIS-Befragungen soll darüber hinaus geprüft werden, ob Anzeichen einer „Gebührenflucht“ erkennbar sind. Wählen Studienanfänger/innen aus Arbeiterhaushalten häufiger gezielt eine Hochschule ohne Studiengebühren oder sind andere Hochschulwahlmotive, wie die Nähe zum Elternhaus und damit geringere Lebenshaltungskosten, entscheidend?

Für die Analyse der Fragestellungen werden die repräsentativen Daten der von HIS regelmäßig durchgeführten Studienberechtigtenbefragungen verwendet. Hinzugezogen werden Ergebnisse des Jahrgangs 2006, der im Schuljahr 2005/06 das Abitur oder die Fachhochschulreife erworben hat und ein halbes Jahr nach Schulabschluss zu seinem nachschulischen Werdegang befragt wurde, sowie Daten des Jahrgang 2002, der ein halbes Jahr (Dezember 2002) sowie dreieinhalb Jahre (Dezember 2005) nach Erwerb der Hochschulreife untersucht wurde. Überdies wird die Studienanfängerbefragung des Wintersemesters 2006/07 in die Analysen einbezogen.

Heiko Quast

Jg. 1973, Dipl.-Sozialwiss., seit 2007 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Hochschulforschung des HIS Hochschul-Information-Systems in Hannover. Arbeitsschwerpunkt: Studienberechtigtenuntersuchungen.

Heike Spangenberg

Jg. 1975, Studium der Erziehungswissenschaften an der Pädagogischen Hochschule Erfurt, seit 2000 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Hochschulforschung des HIS Hochschul-Information-Systems in Hannover. Arbeitsschwerpunkte: Studienberechtigten-, Studienanfänger- und Studienabbruchuntersuchungen

Markus Lörz/Steffen Schindler

Herkunftsspezifische Ungleichheiten im Bildungssystem

Die Entwicklung herkunftsspezifischer Unterschiede beim Erwerb der Hochschulreife und dem Übergang ins Studium zwischen 1976 und 2002

Im Zuge der Bildungsexpansion seit Mitte der 1950er Jahre stieg der Anteil der altersgleichen Bevölkerung, die eine Hochschulreife erwirbt, erheblich an. Dies legt die Annahme nahe, dass der expansive Trend der Beteiligung an höherer schulischer Bildung mit einer Abschwächung der herkunftsspezifischen Selektivität beim Zugang zur Sekundarstufe II bzw. beim Erwerb der Hochschulreife verbunden ist. Da sich der Anstieg beim Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung aber bei weitem nicht in gleichem Maße in der Entwicklung der Studienanfängerquote manifestiert, stellt sich die Frage, ob herkunftsspezifische Selektionsprozesse beim Übergang ins Studium eine verstärkte Rolle spielen. Ziel des vorgeschlagenen Beitrags ist es, die Entwicklung herkunftsspezifischer Ungleichheiten an zwei wichtigen Übergängen im Bildungssystem (Sekundarstufe II, Übergang ins Studium) aufzuzeigen und den vermuteten Zusammenhang zwischen beiden Ebenen in der längerfristigen Entwicklung zu analysieren.

In Teil 1 wird der Forschungsstand zur Entwicklung sozialer Ungleichheiten skizziert, die verschiedenen Übergänge im deutschen Bildungssystem dargestellt sowie die Bereiche in denen es zu sozialer Ungleichheit kommen kann, theoretisch diskutiert. Im Anschluss an die Präzisierung der Fragestellung werden die hinzu gezogenen Daten und verwendeten Methoden vorgestellt (Teil 2).

In Teil 3 wird die Veränderung herkunftsspezifischer Ungleichheiten in längerfristiger Perspektive analysiert. Hierbei wird in drei Schritten vorgegangen: Zunächst werden herkunftsspezifische Unterschiede beim Erwerb der Hochschulreife untersucht und auf Basis relativer und absoluter Ungleichheitsmaße die Richtung der Entwicklung bestimmt. Anschließend wird die Entwicklung herkunftsspezifischer Unterschiede beim Übergang ins Studium analysiert. In einem dritten Analyseschritt werden die beiden Entwicklungen gegenübergestellt und Aussagen über die Zusammenhänge zwischen beiden Ebenen getroffen.

Markus Lörz

arbeitet seit Januar 2006 bei HIS Hochschul-Informations-System als wissenschaftlicher Mitarbeiter für den Arbeitsbereich Studentenforschung. Er studierte Sozialwissenschaften an der Universität Mannheim mit Schwerpunkten in Methoden der empirischen Sozialforschung und Betriebswirtschaftslehre. Herr Lörz analysiert im Rahmen der Studienberechtigtenbefragungen nachschulische Werdegänge von Studienberechtigten und beschäftigt sich insbesondere mit Instrumenten zur Messung sozialer Herkunft und Fragen zur sozialen Ungleichheit.

Steffen Schindler

studierte Sozialwissenschaften an den Universitäten Stuttgart und Mannheim. Er ist seit 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES). Dort arbeitet er im Projekt "Soziale Selektion im tertiären Bildungssystem und Arbeitsmarkterträge" und im EU-Exzellenznetzwerk "Economic Change, Quality of Life and Social Cohesion (EQUALSOC)". Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der soziologischen Bildungs- und Ungleichheitsforschung und in der Beziehung von Bildung und Arbeitsmarkterträgen, insbesondere im Hochschulbereich.

Themenbereich II: Übergänge in der Hochschule

Donnerstag 15. Mai 2008

5. Übergänge zum Masterstudium (Moderation: Dipl. Psych. Dietrun Lübeck)

Sandra Bürger

Profil und Zugangsregelungen von Master-Studiengängen in Deutschland

Der Beitrag wird sich mit der Entwicklung von Master-Studiengängen an deutschen Hochschulen, ihren Zugangsregelungen und ihrer Profilbildung beschäftigen.

Im Wintersemester 2007/08 sind bereits 61% der Studiengänge an deutschen Universitäten und Fachhochschulen auf die neue gestufte Studienstruktur umgestellt. In diesem Semester werden 2.778 Master-Studiengänge angeboten, die nach den Profiltypen „stärker anwendungsorientiert“ oder „stärker forschungsorientiert“ differenziert werden müssen. Neben konsekutiven, die inhaltlich auf einen Bachelor-Studiengang aufbauen und diesen fachlich fortführen, sind darunter auch nicht-konsekutive sowie weiterbildende Master-Studiengänge. Je nach ihrer Ausrichtung werden auf diese Weise schon unterschiedliche Adressaten angesprochen.

Zugangsvoraussetzung für die Aufnahme eines Master-Studiengangs ist mindestens ein Bachelor-Abschluss. Darüber hinaus können von den Hochschulen weitere Zulassungskriterien formuliert werden, die dann Gegenstand der Akkreditierung sind. Über die spezifischen Zulassungsregelungen wird eine stärkere Differenzierung der einzelnen Master-Studiengänge angestrebt. Von einem klaren Studiengangprofil erhofft man sich auch einen Beitrag zur Profilbildung auf der Ebene der Fachbereiche und schließlich der gesamten Hochschule.

Ein weiterer zu diskutierender Aspekt in diesem Zusammenhang ist die Frage nach der Dimension, die die Master-Studiengänge überhaupt annehmen werden bzw. sollen. Vielerorts wird befürchtet, dass wenn mehr als die Hälfte der Bachelor-Absolventen eines Jahrgangs in einen Master-Studiengang übergeht, gravierende Betreuungs- und Finanzierungsengpässe entstehen. Aus diesem Grund ist auch die Einführung von Quoten für die Master-Studiengänge im Gespräch.

Es soll den Fragen nachgegangen werden, inwieweit die Zulassungsregelungen mit der Profildee der Master-Studiengänge zusammenhängen. Zeichnet sich ein „erfolgreicher Studiengang“ durch ein hohes Maß an Passfähigkeit der Kompetenzen der Studienanfänger(innen) und der Anforderungen des jeweiligen Studiengangs aus? Versprechen homogene oder heterogene Studierendengruppen mehr Erfolg? Gibt es Annahmen über „Input-Determinanten“, die „erfolgreichen Output“ voraussagen? Wie stark überträgt sich die Profilbildung der Master-Studiengänge auf die Ebene des Fachbereichs und der gesamten Hochschule? Schließlich soll auch der Frage nachgegangen werden, welche Größenordnung die Master-Studiengänge annehmen, ob eine große Anzahl von Bachelor-Absolventen eines Jahrgangs in einen Master-Studiengang übergeht oder die Master-Studiengänge stärker in Richtung „Studiengang für eine Elite“ konzipiert werden.

Untersucht werden sollen die Zugangsregelungen und das Profil in den ausgewählten Master-Studiengängen Soziologie und Betriebswirtschaft (geistes- und sozialwissenschaftlicher Bereich) und Physik und Maschinenbau (naturwissenschaftlicher Bereich) an Universitäten und Fachhochschulen. Zur Klärung der Fragen wird eine Dokumentenanalyse von Akkreditierungs- bzw. Evaluationsberichten sowie von Studierenden- und Prüfungsordnungen dieser Studiengänge vorgenommen. Um detaillierte Informationen zu bestimmten Aspekten zu erhalten ist darüber hinaus geplant, ausgewählte leitfadengestützte Experteninterviews mit Hochschul- bzw. Studiengangplanern durchzuführen.

Sandra Bürger

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Internationalen Zentrum für Hochschulforschung der Universität Kassel. Sie schloss ihr Studium der Soziologie, Englischen und Spanischen Philologie mit einer Magisterarbeit mit dem Thema „Befragung aller deutschen erstmatrikulierten Studienanfänger/innen des Wintersemesters 1999/2000 im Hauptfach Diplom-Psychologie“ ab, die auf Daten einer am INCHER durchgeführten Erhebung basiert. Seit dem ist sie in zahlreichen quantitativen sowie qualitativen Studien unter anderem aus den Themenbereichen Bologna-Prozess, Mobilität, Internationalisierung und Hochschulzulassung tätig. Im Rahmen ihrer Promotion beschäftigt sie sich mit der Zulassung zu und dem Profil von Masterstudiengängen in Deutschland.

Carolin Ramsteck/Cort-Denis Hachmeister/Hannah Leichsenring **Studierendenauswahl in Masterstudiengängen und die Profilierung der Hochschulen.**

Es wurden die 120 im WS 07/08 bestehenden Masterstudiengänge in den Fächern Umwelttechnik, Medienwissenschaften und Sozialwissenschaften/ Soziale Arbeit an deutschen staatlichen Fachhochschulen und Universitäten untersucht, für die es laut HRK-Hochschulkompass zum WS 07/08 eine örtliche Zulassungsbeschränkung gab. Daten wurden mittels einer Online-Befragung gesammelt, zu der die für die jeweiligen Studiengänge zuständigen StudiengangsleiterInnen eingeladen wurden. 52 Studiengänge beteiligten sich an der Untersuchung.

Neben allgemeinen Fragen zum Studiengang wurde nach der Profilierung und den Alleinstellungsmerkmalen der Hochschule bzw. des Fachbereichs gefragt, ebenso wie nach den zur Auswahl der Studierenden verwendeten Instrumenten und Verfahren. So wurde im Fragenblock „Studiengang“ bspw. nach der Schwerpunktsetzung der jeweiligen Masterstudiengänge gefragt und nach den Qualifikationen und Eigenschaften, die beim Studienbewerber vorausgesetzt werden. Auch wurde gefragt, woher die Studienbewerber rekrutiert werden, also ob vorwiegend von der eigenen Hochschule, aus Deutschland oder aus dem Ausland. Im Fragenblock „Profilierung und Alleinstellungsmerkmale“ standen die Gründe zur Einführung des Masterstudiengangs im Vordergrund. Ebenso die Fragen, wie sich die Hochschule bzw. der Fachbereich profilieren wollen und wie sie diese angestrebte Profilbildung umsetzen. Der Fragenblock „Auswahlverfahren“ fragte u.a. ab, welche Instrumente bei der Auswahl der Studierenden verwendet werden und mit welchen Zielen diese eingesetzt werden. Zudem sollten die beobachteten Erfolgsindikatoren, wie z.B. niedrige Abbruchquoten oder hohe Übergangsquoten zur Promotion genannt werden.

Eine erste Auswertung zeigte, dass die Fachbereiche noch etwas stärker als die Hochschulen erkannt haben, wie wichtig die inhaltliche Ausgestaltung ihrer Studiengänge für die Profilierung ist. Dass die Auswahlverfahren prinzipiell ein probates Mittel sind, die für den Masterstudiengang geeigneten Studierenden herauszufiltern ist ebenfalls weit anerkannt. Doch ob sich tatsächlich die am besten geeigneten Studierenden für den jeweiligen Masterstudiengang eingeschrieben haben und ob sich dadurch die Wettbewerbsposition der Hochschule verbessert hat, vermag nur weniger als die Hälfte der befragten Personen klar zu bestätigen. Dies könnte an den bisher noch zu geringen Erfahrungswerten liegen, die die Hochschulen und vor allem die Universitäten mit den Masterstudiengängen gemacht haben.

Carolin Ramsteck

studiert an der Friedrich Alexander Universität Erlangen-Nürnberg Wirtschaftswissenschaften und Pädagogik (Magister). Gearbeitet hat sie unter anderem als Werkstudentin beim Goethe Institut in Tallinn (Estland): Hospitation im Sprachbereich, eigenständiges Unterrichten des Faches „Deutsch als Fremdsprache“ in Kursen unterschiedlicher Niveaustufen, Mitarbeit an internationalen Projekten zur Pädagogischen Verbindungsarbeit, Mitarbeit an Marketingmaßnahmen für kulturelle Projekte.

Von Juli 2007 - Oktober 2007 war sie am Centrum für Hochschulentwicklung, Gütersloh wegen einer dreimonatigen Forschungstätigkeit im Rahmen ihrer Magisterarbeit zum Thema „Studierendenauswahl in Masterstudiengängen und die Profilierung der Hochschulen“.

Außerdem war sie von September 2000 bis Januar 2008 freie Mitarbeiterin der Hersbrucker Zeitung und in ihrer Studienzeit vom Wintersemester 2003/2004 - Sommersemester 2006, war sie durchgehendes Mitglied studentischer Selbstverwaltungsgremien der Universität Erlangen-Nürnberg.

Cort-Denis Hachmeister

Abschluss als Diplom-Psychologe an der Universität Bielefeld im Jahr 2000. Seit Oktober 2000 als Projektleiter beim gemeinnützigen CHE Centrum für Hochschulentwicklung. Arbeitsschwerpunkt in den diversen Ranking-Projekten des CHE, dem CHE-HochschulRanking und dem CHE-ExcellenceRanking. Darüber hinaus diverse Vorträge und Veröffentlichungen zum Thema Übergang von Schule zur Hochschule und Studierendenauswahl.

Themenbereich II: Übergänge in der Hochschule

Freitag, 16. Mai 2008

6. Gestaltung der Promotionsphase (Moderation: Dr. Carsten v. Wissel)

Prof. Dr. Barbara M. Kehm

Zugänge zur Promotion: Zwischen Selektion und Multiplikation

Der Beitrag wird sich mit dem Spannungsfeld des Zugangs zur Promotion beschäftigen, das sich eröffnet zwischen stärkerer Selektion einerseits und einer Steigerung der Anzahl der Promovierten sowie einer Vervielfältigung der Wege zur Promotion andererseits.

Als Folge der Exzellenzinitiative in Deutschland, aber auch des wachsenden Wettbewerbs der Hochschulen (sowohl national als auch international) untereinander wird eine Konzentration der Forschung und auch der Forscherausbildung erwartet. Diese Konzentration bezieht sich nicht nur auf die Finanzierung der erforderlichen Infrastruktur sondern auch auf die Fähigkeit, die „besten Köpfe“ und das „größte Talent“ anzuziehen. Dabei ist der Wettbewerb nicht länger national sondern inzwischen zunehmend global. Hochschulen, die in diesem Wettbewerb auf der Gewinnerseite stehen, werden ihre DoktorandInnen mit wachsender Selektivität gewinnen. Die Hürden für die Aufnahme in ein gefördertes Promotionskolleg oder Doktorandenprogramm werden höher und Ausschreibungen erfolgen zunehmend international. Der Fokus auf Exzellenz, gestützt auf wissenschaftlich fragwürdige, in der öffentlichen und politischen Debatte aber hochgradig wirksame Ranglisten, befördert insgesamt in Deutschland eine Veränderung von der horizontalen und internen Differenzierung der Hochschullandschaft zu einer vertikalen Differenzierung, innerhalb derer nur die „Spitzenplätze“ zählen.

Auch die Maßgabe des strukturierten Promovierens, die zu einer wachsenden Zahl von Doktorandenprogrammen, Kollegs und Graduiertenschulen geführt hat, hat eine Vielfalt von Selektionskriterien, Aufnahmebedingungen und Vorbedingungen hervorgebracht, die die Selektivität beim Zugang zur Promotion erhöht haben. Die Ausbildung des Forschernachwuchses wird inzwischen als strategische Ressource der Organisation Hochschule in der Wissensgesellschaft betrachtet, die institutionell gemanagt werden muss und nicht mehr allein in den Händen der ProfessorInnen liegt. Zwar ist in Deutschland das traditionelle „Meister-Schüler-Verhältnis“ derzeit noch dominant, doch wird es zunehmend als Auslaufmodell betrachtet. Über den Zugang zur Promotion und den Prozess des Promovierens legt sich eine dichter werdende Schicht an Regelungen, Kriterien, definierten Rechten und Pflichten, Evaluationsverfahren und Erfolgskontrollen. Dies ist das „Einerseits“.

Das „Andererseits“ ist charakterisiert erstens durch die im Rahmen der Lissabon-Strategie an alle EU-Mitgliedstaaten ergangene Aufforderung verstärkt Forschernachwuchs auszubilden, um Europa zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Ökonomie der Welt zu machen. Zweitens aber auch durch eine in den letzten Jahren gewachsene Vielfalt der Wege zur Promotion. Nicht nur wird zunehmend zwischen Forschungsdoktorat und „professionellem“ Doktorat unterschieden sondern eine im Sommer 2007 durchgeführte Analyse ergab mittlerweile sieben verschiedene Wege zur Promotion in Europa, die jeweils unterschiedlichen Zwecken der Promotion und unterschiedlichen Motiven der Promovierenden dienen. Diese sollen in der Präsentation kurz dargestellt, um dann auf drei diesen sieben Modellen zugrunde liegenden konzeptionellen Formen des Verständnisses einer Promotion zurückgeführt zu werden. Diesen weisen u.a. auch jeweils andere Zugangswege auf, die herausgearbeitet werden sollen.

Zum Abschluss wird die Frage erörtert, ob sich das Spannungsfeld zwischen Selektion und Multiplikation beim Zugang zur Promotion auflösen lässt in eine Klassifikation des Zugangs zur Promotion und ihres Zwecks, die es ermöglicht, im Rahmen von steigenden Promotionszahlen eine hochselektive Elitengruppe zu konservieren.

Prof. Dr. Barbara M. Kehm

ist Professorin für Hochschulforschung an der Universität Kassel und Geschäftsführende Direktorin des dortigen Internationalen Zentrums für Hochschulforschung. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen insbesondere auf den Gebieten der Internationalisierung im Hochschulbereich, neuer Formen der Governance an Hochschulen sowie von Analysen zur Entwicklung des Bologna-Prozesses. Sie ist verantwortlich für den internationalen Master-Studiengang "Higher Education Research and Development". B. M. Kehm ist Vorsitzende der Gesellschaft für Hochschulforschung und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Consortium of Higher Education Researchers (CHER).

Dr. René Krempkow
(Selbst-)Selektionen zur Promotion

In Deutschland wird die Phase der Promotion im Rahmen des Bologna-Prozesses, insbesondere nach der Bergen-Erklärung (2005), auch als 3. Studienzyklus diskutiert. Während in den Jahren zuvor in vielen Fächern noch eher der Idealtypus einer klassischen Individualpromotion in Einsamkeit und Freiheit dominierte und der Übergang vom Studium zur Promotion hochschulpolitisch kaum Thema war, beginnt sich dies zu ändern. In strukturierten Promotionsprogrammen wird dieser Übergang nun stärker formalisiert (vgl. z.B. Berning/Falk 2006). Im Gegensatz dazu konnte und kann die Mehrheit der derzeit Promovierenden ihre Betreuer frei wählen bzw. wurde von ihren Professoren angesprochen, ob sie Interesse an einer Promotion haben (z.B. im Rahmen einer Qualifikationsstelle).

Welche Auswirkungen kann die stärker formalisierte im Vergleich zur bisherigen eher informellen Rekrutierungspraxis haben? Bedeutet dies eher bessere oder eher schlechtere Chancen für bestimmte Gruppierungen von potentiellen Promovierenden? Zur Formulierung von Hypothesen soll im ersten Schritt zunächst ein kurzer Rekurs auf einige theoretische Ansätze sozialer Ungleichheit erfolgen. Zudem wird für eine systematische Analyse die Unterscheidung einerseits in Eingangsselektivität vs. Selektivität im Qualifizierungsprozess und andererseits in Selbst- vs. Fremdselektion erfolgen, um evtl. abzuleitende Maßnahmen verorten zu können. Die Eingangsselektivität beschreibt hierbei die (Selbst-)Selektion beim Zugang zur Promotion. Mit dem Qualifizierungsprozess ist die Zeit vom Beginn der Arbeit an der Dissertation bis zum Abschluss gemeint. Selbstselektion kann u.a. über die Motivlage des wiss. Nachwuchses erfasst werden. Unter Fremdselektion wird Selektion z.B. mittels Auswahl über Studienabschlussnoten verstanden. Bislang wurden die Zugangschancen von Promotionsinteressierten kaum empirisch untersucht, was nicht zuletzt mit den bisher nur wenigen (Längsschnitt-)Daten für diese spezielle Gruppe zusammenhängt. Eine der wenigen Analysen hierzu (von Bargel/ Röhl 2006) anhand des Konstanzer Studierenden-Survey ergab relativ ungleiche Chancen.

Im vorgeschlagenen Beitrag sollen daher im zweiten Schritt ausgewählte Ergebnisse von Sekundärdatenanalysen anhand der HIS-Absolventenbefragungen zum Ausmaß der Selektion nach Studienabschlussnoten, Bildungsherkunft und Geschlecht bei Promotionsinteressierten vorgestellt werden. Zur Eingangsselektivität lautet hierbei die interessierende Frage: Wer will und wer kann eine Promotion aufnehmen? Dazu sollen kurz auch zentrale Ergebnisse zu Motivlage und Rekrutierungswegen genannt werden. Finanzierungsarten bei der Promotion und Promotionsmodelle sind ebenfalls wichtig für die Zugangsmöglichkeiten. Denn je nach Fächerkultur gibt es enorme Unterschiede in den Chancen auf eine bestimmte Finanzierungsart, was in Zusammenhang mit Selektionsmechanismen stehen könnte. Zum Qualifizierungsprozess lautet die Frage: Wer beendet die begonnene Promotion erfolgreich? Sollten Maßnahmen stärker in der Eingangsphase zur Promotion oder im Qualifizierungsprozess ansetzen. Je nachdem, wo nichtintendierte Selektionen stärker zum Tragen kommen, würden Maßnahmenvorschläge zur Erschließung von Begabungsreserven dann eher bei der Rekrutierung von Promovierenden bzw. bei deren Betreuung nahe liegen. Deshalb werden abschließend die Schätzungen zur Eingangsselektivität und zur Selektivität im Qualifizierungsprozess verglichen.

Dr. René Krempkow

arbeitete von 1998 bis 2006 an der TU Dresden u.a. in den Projekten Evaluation der Lehre, Dresdner Absolventenstudien und Landeshochschulbericht Sachsen. Zuletzt arbeitete er an der HU Berlin in einem Projekt zur Lehrerausbildungsqualität und am Institut für Hochschulforschung Wittenberg im Projekt zum Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs (2006/07) sowie im Projekt Hochschul-Förderalismus-Monitoring (2008). Seit Februar 2008 übernahm er eine Stelle zu Qualitätsentwicklung und -management in der Lehre an der Universität Freiburg.

PD Dr. Ulrike Senger

Die Doktorandenausbildung im Strukturwandel: Neue Lern- und Lehrformen in der dritten Phase des Bologna-Prozesses.

Die 3-Zyklus-Struktur des Studiums wirkt sich sowohl auf das Anforderungsprofil Promovierender wie Promovierter als auch auf die Gestaltung der Doktorandenausbildung aus. Die hochschulpolitische Diskussion entzündet sich an der Frage, ob die Promotion als „Promotionsstudium“ oder erste Phase der Berufstätigkeit zu betrachten und entsprechend zu gestalten ist. Nicht zuletzt stellt sich die Frage des Doktorandenstatus. Basierend auf einer Differenzialanalyse universitärer Zuständigkeitsbereiche für die Doktorandenausbildung, entwickelt der Beitrag fachübergreifende Strukturen und Organisationsformen, um den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern. Exemplarisch werden Szenarien des Change Managements ausgewählt und in der Verzahnung von Strukturbildung und didaktischer Zielsetzung beschrieben.

Die Erweiterung der wissenschaftlich-sozialen Radien in der Doktorandenausbildung eröffnet neue Lehr- und Lernräume und damit neue Lehr- und Lernformen. Wie diese auf der Grundlage empirischer Ergebnisse gestaltet werden können, führt das Pilotzentrum Internationales Doktorandenforum in verschiedenen Projekten vor Augen, unter anderem in dem vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft im Aktionsprogramm „Akademisches Personalmanagement“ ausgezeichneten Modellprojekt „Personalentwicklung junger Forschender zu internationalen Führungskräften inner- und außerhalb der Hochschule“. Die empirisch basierte und theoretische Herleitung biographischen Erfahrungslernens in der Doktorandenausbildung darf als Beispiel dafür gelten, wie der Bologna-Prozess im Lichte lebenslangen Lernens didaktisch fruchtbar gemacht werden kann, sowohl in der Promotionseingangsphase – im Übergang vom (Master-)Studium in die Promotion – als auch im Blick auf inner- und außeruniversitäre Berufskontexte nach der Promotion.

PD Dr. Ulrike Senger

leitet das Pilotzentrum Internationales Doktorandenforum, das sie im SS 2005 an der TU Kaiserslautern initiiert hat. Konzeptionelle Grundlage ist ihre in der HRK-Reihe "Forum der Hochschulpolitik" erschienene Monographie "Internationale Doktorandenstudien. Ein Modell für die Internationalisierung der Doktorandenausbildung an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen". Im SS 2007 wurde sie im Fachbereich Erziehungswissenschaft und Soziologie der Universität Dortmund habilitiert und zur Privatdozentin mit der *venia legendi* "Hochschulbildung" ernannt.

Themenbereich II: Übergänge in der Hochschule

Freitag, 16. Mai 2008

7. Selektionsprozesse im zeitlichen und internationalen Vergleich (Moderation: Tino Bargel)

Dr. Christoph Heine/Julia Willich

Tragen die neuen Studienstrukturen zum Abbau sozialer Selektivität beim Hochschulzugang bei? Zum Zusammenhang von sozio-ökonomischen Merkmalen und der Wahl von Bachelor Studiengängen bei studienberechtigten Schulabgängerinnen und Schulabgängern

An die Einführung der kürzeren, stärker strukturierten und eher berufsqualifizierend ausgerichteten Bachelor-Studiengänge wird häufig die Erwartung einer Erhöhung der Studienanfängerzahlen durch stärkere Ausschöpfung des vorhandenen Studierpotenzials geknüpft.

Diese Erwartung der Folgewirkungen einer Absenkung der Zugangsschwelle zum Hochschulstudium durch den Bachelor richtet sich besonders auf die erhöhte Studierbereitschaft der Schulabsolventinnen und Schulabsolventen, die ihre Studienoption in der Vergangenheit nur unterdurchschnittlich eingelöst haben: Schulabsolventinnen und -absolventen mit Fachhochschulreife, von beruflichen Schulen und aus hochschulfernen familiären Zusammenhängen. Im Mittelpunkt des vorgeschlagenen Beitrags steht deshalb die Frage, ob und inwieweit es im Zusammenhang mit der vermehrten Einführung von Bachelor-Studiengängen (bereits) Hinweise auf eine Schwächung traditioneller sozialer Schließungsmechanismen und Selektionsprozesse beim Hochschulzugang gibt. Des Weiteren soll untersucht werden, ob sich erste Anzeichen für eine erhöhte Durchlässigkeit zwischen beruflichem und Hochschulbereich im Zusammenhang mit der Einführung von Bachelor-Studiengängen beobachten lassen.

Im Einzelnen sollen folgende zentrale Fragen beantwortet werden:

- Worin sehen Studienberechtigte die Vor- und Nachteile der gestuften Studiengänge?
- Gibt es Hinweise dafür, dass mit der Etablierung der neuen Studiengänge eine Ausweitung der Beteiligung an Hochschulbildung einhergeht?
- Motiviert der Bachelor vermehrt Studienberechtigte zu einer positiven Studienentscheidung, die sich in der Vergangenheit für eine nicht -akademische Ausbildung entschieden haben?
- Kann der Bachelor Gruppen von Studienberechtigten erreichen, die in den traditionellen Studiengängen unterrepräsentiert sind?
- Hat sich die Studierneigung der verschiedenen sozialen Herkunftsgruppen seit Einführung des Bachelors verändert?
- Welche Bedeutung hat die neue Studienstruktur für diejenigen, die vor dem Erwerb der Hochschulreife bereits eine berufliche Berufsausbildung abgeschlossen haben?

Zur Beantwortung dieser Fragen werden zum einen aktuelle Datensätze aus der HIS-Untersuchungsreihe der Studienberechtigtenbefragungen 2002, 2004, 2005, 2006 herangezogen. Die Gesamtstichprobe der Abschlussjahrgänge 2002 bis 2006 umfasst ca. 28.000 Fälle. Zum zweiten werden Befunde der aktuellen HIS-Studienanfängeruntersuchungen an deutschen Universitäten und Fachhochschulen zu Motiven, Berufs- und Lebenszielen berichtet. Besonderes Augenmerk liegt hier auf Studienanfängern mit abgeschlossener vorschulischer Berufsausbildung, die sich für einen Bachelor-Studiengang entschieden haben.

Dr. Christoph Heine

Jg. 1949, Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Münster und Hamburg; nach Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Darmstadt sowie an der FH Wiesbaden seit 1992 bei HIS Hochschul-Informationssystem Hannover, seit 2006 Leiter des Arbeitsbereichs Studierendenforschung.

Julia Willich

Jg. 1976, M.A. Soziologin, seit 2004 Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim HIS Hochschul-Informationssystem in Hannover. Arbeitsschwerpunkte: Studienberechtigten- und Studienanfängeruntersuchungen, Weiterbildung von Hochschulabsolventen und -absolventinnen.

Steffen Schindler/David Reimer

Primäre und sekundäre Effekte beim Hochschulzugang: Die Bedeutung von Noten und Klassenherkunft von 1983 bis 1999

In dem Beitrag werden Analysen zum Wandel des Einflusses der sozialen Herkunft und Abiturnoten bei Bildungsentscheidungen von Studienberechtigten vorgestellt. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht dafür die von Boudon eingeführte Unterscheidung von primären und sekundären Effekten der sozialen Herkunft. Primäre Effekte sind alle mit der sozialen Herkunft (Klassenherkunft) verbundenen Einflussgrößen, die zu besseren Durchschnittsleistungen in der Schule von Schülern aus den oberen Klassen führen. Sekundäre Herkunftseffekte sind klassenspezifische Disparitäten im Übergangsverhalten an den Gelenkstellen des Bildungssystems, die selbst bei Konstanzhaltung von Leistungsunterschieden in der Schule noch auftreten. Primäre und sekundäre Effekte führen kumulativ zu ungleicher Beteiligung an Tertiärbildung von Studienberechtigten. Ziel dieses Aufsatzes ist es, mit einer neuen von Jackson et al. (2007) entwickelten statistischen Methode die Entwicklung der relativen Bedeutung von primären und sekundären Herkunftseffekten beim Übergang in die Hochschule aufzuzeigen. Als Grundlage für die Modellierung von Studienwahl wird eine Zeitreihe von Studienberechtigten-Befragungen der Hochschul-Informationen-System GmbH (HIS) von 1983, 1990, 1994 und 1999 genutzt. Vorläufige Befunde zeigen, dass klassenspezifische Unterschiede bei der Übergangsbereitschaft in die Hochschule hauptsächlich auf sekundäre Herkunftseffekte zurückzuführen sind. Darüber hinaus beobachten wir ausgeprägte Stabilität bei der relativen Bedeutung von primären und sekundären Herkunftseffekten beim Hochschulzugang in den beiden zurückliegenden Jahrzehnten trotz ausgeprägter Bildungsexpansion. Sozialpolitische Implikationen dieser Befunde werden am Ende des Beitrags diskutiert.

Steffen Schindler

studierte Sozialwissenschaften an den Universitäten Stuttgart und Mannheim. Er ist seit 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES). Dort arbeitet er im Projekt "Soziale Selektion im tertiären Bildungssystem und Arbeitsmarkterträge" und im EU-Exzellenznetzwerk "Economic Change, Quality of Life and Social Cohesion (EQUALSOC)". Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der soziologischen Bildungs- und Ungleichheitsforschung und in der Beziehung von Bildung und Arbeitsmarkterträgen, insbesondere im Hochschulbereich.

Ulf Banscherus

Die Entwicklung des Hochschulzugangs im internationalen Vergleich – Globale Trends und Pfadabhängigkeiten. Globale Trends und Pfadabhängigkeiten am Beispiel von Deutschland, Finnland und Irland

In der internationalen wissenschaftlichen Diskussion zur Entwicklung des Hochschulzugangs ist die These eines allgemeinen Trends hin zu einer massiven Zunahme der StudienanfängerInnenzahlen als Reaktion auf gewandelte Qualifikationsanforderungen im Übergang zur so genannten Wissensgesellschaft weit verbreitet. Der US-amerikanische Soziologe John Meyer geht sogar so weit, eine weltweit konsistente „Idee der Universität“ zu unterstellen, die sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte stark von der Vorstellung einer elitären Institution zu einer „Masseneinrichtung“ verändert habe. Diese veränderte Aufgabenzuschreibung schlägt sich in einer erheblichen Öffnung des Hochschulzugangs nieder, der einen massiven Anstieg der Studierendenzahlen und somit des Anteils von AkademikerInnen an der Gesamtbevölkerung zur Folge habe. Die Annahme eines solchen internationalen Trends zur stärkeren Beteiligung an Hochschulbildung prägt auch die hochschulpolitische Debatte in Deutschland sehr stark und spiegelt sich beispielsweise in der Forderung des Wissenschaftsrates wider, die StudienanfängerInnenquote auf 50% eines Altersjahrgangs zu steigern, um somit den Durchschnittswert der OECD-Staaten zu erreichen. Parallel dazu findet sich in der öffentlichen Diskussion verstärkt die Forderung einer Öffnung der Hochschulzugangsmöglichkeiten für beruflich Qualifizierte sowie einer Anerkennung bzw. Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen. Als Begründung dient häufig die Aufnahme der Förderung lebenslangen Lernen in die Zielsetzungen des Bologna-Prozesses, womit ebenfalls die Annahme eines internationalen Trends verbunden ist, demzufolge in anderen Ländern der Hochschulzugang von so genannten nicht-traditionellen Studierenden üblich sei und Deutschland sich quasi dem internationalen Standard anzunähern habe. Vor diesem Hintergrund werden vielfach sehr große Erwartungen mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen verbunden. Dieser solle sowohl die „horizontale“ Mobilität zwischen den einzelnen Ländern als auch die „vertikale“ Mobilität zwischen den verschiedenen Bildungsinstitutionen erheblich verbessern, indem er die individuellen Kompetenzen besser beschreibbar und somit besser übertragbar mache. Die vorhandenen empirischen Daten lassen zumindest Zweifel an dieser doppelten Expansionsthese aufkommen. Denn sowohl in der Entwicklung der StudienanfängerInnenzahlen insgesamt als auch beim Anteil nicht-traditioneller Studierender lassen sich sehr große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern feststellen. Zwar lässt sich in allen OECD-Staaten ein Zuwachs der Studierendenzahlen verzeichnen, dieser findet aber auf sehr unterschiedlichen Niveaus statt. Eine Begründung für diese sehr deutlichen Unterschiede scheint sich in den länderspezifischen Ausgestaltungen des Bildungssystems abzuzeichnen, die jeweils einer systemimmanenten Logik folgen, die sich auch durch internationale Entwicklungen und Zieldefinitionen nicht fundamental ändern lässt. Denn Reformvorhaben treffen jeweils auf ein bestehendes institutionelles Gefüge, das wiederum die Grundlage für die reformierte institutionelle Ausgestaltung eines bestimmten Systems bildet. Somit kommt den politikfeldspezifischen AkteurInnen mit ihren Präferenzen und Koalitionen eine hohe informelle Gestaltungs- oder Verhinderungsmöglichkeit zu. Diese Situation ist insbesondere bei großen Systemen zu beobachten, an denen viele AkteurInnen beteiligt sind. Aus diesem Grund besteht gerade auch bei bildungspolitischen Reformen eine hohe Pfadabhängigkeit.

Ulf Banscherus

studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaftspolitik und Kulturwissenschaften an der Universität Münster und der Freien Universität Berlin. Seit Oktober 2006 ist er Mitglied des Promotionskollegs Lebenslanges Lernen der Hans-Böckler-Stiftung an der Technischen Universität Dresden. Derzeit ist er als Referent im Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Hochschulzugang, Qualitätssicherung, Studienreform und in der Europäischen Bildungspolitik.

Hochschuldidaktisches Forum (Moderation: Dr. Marianne Merkt)

Freitag, 16. Mai 2008

Dietrun Lübeck/Prof. Dr. Soellner

Zusammenhänge zwischen Lehransätzen in der Hochschullehre und lehrebezogener Weiterbildungsteilnahme

Lehrebezogene Weiterbildung an den Hochschulen (i.S. hochschuldidaktischer Qualifizierung der Lehrenden) ist u.a. von der Hoffnung getragen, dass Lehrende befähigt werden, studierendenzentrierte Lehre zu konzipieren und durchzuführen. Studierendenzentrierte Lehre soll Studierende anregen, beim Lernen stärker einen sog. „deep (versus surface) approach“ zu verfolgen (vgl. Trigwell, Prosser & Waterhouse, 1999). Dieser wiederum wird mit besserem Verständnis und nachhaltigen Lernerfolgen in Verbindung gebracht.

Zu der Frage, inwiefern es Zusammenhänge gibt zwischen dem Lehransatz und der Teilnahme an lehrebezogenen Aus- und Weiterbildungsprogrammen, liegen in Deutschland kaum empirische Befunde vor. Im Rahmen der hier vorgestellten Studie wurden im Sommer 2006 Hochschullehrende an vier Universitäten im deutschsprachigen Raum zu ihrer Lehrtätigkeit und ihren Weiterbildungserfahrungen mithilfe eines webbasierten Fragebogens befragt (N=696). Als Instrument zur Erfassung des Lehransatzes wurde das „Approaches to Teaching Inventory“ (ATI-R) in seiner revidierten Version (Trigwell, Prosser & Ginns, 2005) für den deutschsprachigen Raum übersetzt, adaptiert und zum Einsatz gebracht. Die Weiterbildungserfahrungen der Lehrenden wurden über entsprechende Fragen erhoben.

Im Rahmen des Beitrages wird anhand der empirischen Befunde diskutiert, welche Zusammenhänge sich hierbei zeigen und inwiefern diese vor dem Hintergrund verschiedener Lehrveranstaltungstypen (Vorlesung, Seminar, Übung, Praktika) reflektiert werden müssen.

Dietrun Lübeck

wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität am Arbeitsbereich Evaluation, Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement in Erziehungswissenschaft und Psychologie (Fachbereich 12); verschiedene Projekte zur lehrebezogenen Qualifizierung von Hochschullehrenden; promoviert zum Thema "Lehrendenprofile in der Hochschullehre".

Maria Kondratjuk

Die Entwicklung eines dualen Studiengangskonzeptes an der Universität Magdeburg

Duale Studiengänge ermöglichen im Kontext des BOLOGNA-Prozesses, gekennzeichnet durch den Wechsel von Theorie und Praxis, die angestrebte Durchlässigkeit zwischen der beruflichen Bildung und der Ausbildung an einer Hochschule. Um duale Studiengänge adäquat für die Teilnehmer zu gestalten, müssen im Rahmen der Didaktik- und Curriculumentwicklung spezielle Veranstaltungsprogramme für die Studenten geschaffen werden.

Das Projekt „Duale Studiengänge: Bachelor of Science und Berufsausbildung gemäß Berufsbildungsgesetz (BBiG) an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg in Kooperation mit ausbildenden Unternehmen der Wirtschaft“ ist ein Beispiel für die erfolgreiche Einführung eines dualen Studiengangs. Das Projekt wird gefördert im Rahmen des Modellversuchsprogramms der Bundesländer-Kommission (BLK) "Weiterentwicklung dualer Studienangebote im tertiären Bereich" durch das Land Sachsen-Anhalt und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Gegenstand des Projekts ist die Entwicklung, Implementierung und Evaluierung eines dualen Studiengangmodells, das ein ingenieur-wissenschaftliches Studium im Rahmen eines Bachelor-Studiengangs mit einer einschlägigen Berufsausbildung gemäß des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) verbindet.

Neben hochwertigen Studienmöglichkeiten und der Förderung der Kompetenzbildung durch die Nutzung von Synergieeffekten sind der Ausbau der Transferbeziehungen zwischen Hochschule und regionaler Wirtschaft und die Vernetzung des Berufsbildungs- mit dem Hochschulsystem wesentliche Ziele des Vorhabens.

Zum heutigen Zeitpunkt ist das duale Studiengangmodell entwickelt und seit dem WS 2006/07 eingeführt. Die Zulassungsrate der dual Studierenden liegt in diesem Semester (WS 2007/2008) bei knapp 50. Neben der Siemens AG und der VW AG als Global Player konnten 20 weitere Unternehmen als Kooperationspartner gewonnen werden.

Die Resonanz auf dieses Modell aus der regionalen Wirtschaft war durchweg positiv.

Maria Kondratjuk

Diplom-Sozialpädagogin an der Hochschule Magdeburg (FH)/ Abschluss als zertifizierte Projektmanagerin (OvGU)/Master für betriebliche Berufsbildung und Berufsbildungsmanagement an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg seit 07/2005 an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg beschäftigt Projekt: JOBSTARTER „VAIR“ gefördert durch BMBF. Erstellung einer Potenzialanalyse BLK-Modellversuch "Dualer Studiengang: Bachelor of Science und Berufsausbildung nach BBiG" BLK-Modellversuch zur "Weiterentwicklung Dualer Studienangebote im tertiären Bereich". Realisierung von Presse- und Öffentlichkeitsarbeiten und Veranstaltungen z.B. Frühjahrskongress der GfA - Gesellschaft für Arbeitswissenschaft. Modellversuch „Konzeption, Implementation eines Bachelor-/Masterstudiengangs für Berufsbildung. Zusätzliche Tätigkeiten: Dozentin und Seminarleiterin, Vorbereitung und Durchführung des jährlichen Bundesweiten Workshops zur qualitativen Bildungs-, Beratungs- und Sozialforschung für das ZBBS seit 2005 (Zentrum für qualitative Bildungs-, Beratungs- und Sozialforschung), Evaluation für das BiBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) im Rahmen des Modellversuchs „Flexibilitätsspielräume in der Aus- und Weiterbildung“ zum Thema Kompetenzentwicklung.

Marion Kamphans/Petra Selent

Über die Zahlen hinaus. Fach- und Lehrkultur als Variable für das Studierverhalten junger Frauen und Männer.

Zielsetzung und gesellschaftspolitische Bedeutung des Projektes

In den vergangenen Jahren verzeichnen einige Ingenieurstudiengänge – z.B. Elektrotechnik, Maschinenbau, Informatik - rückläufige Studierendenzahlen, hohe Abbruchquoten, lange Studienzeiten. Von der Öffentlichkeit, der Politik, den Hochschulen und auch potenziellen Arbeitgebern wahrgenommen wird inzwischen auch, dass diese Studiengänge sich durch einen geringen Anteil an Studentinnen auszeichnen.

Als Gründe für den Rückgang der Studierendenzahlen in diesen Fächern werden der Imageverlust des Ingenieurberufs sowie steigende Arbeitslosenzahlen unter den Absolvent/innen seit den 1990er Jahren genannt;

Die hohen Abbruchquoten werden u.a. mit einer Diskrepanz zwischen den Vorstellungen über das Studium und den zukünftigen Beruf und der Realität des Studienalltags erklärt; eine weitere Annahme ist, dass sich der geringe Anteil an Studentinnen in diesen Fächern in der Divergenz begründet zwischen der Selbstpräsentation der ingenieurwissenschaftlichen Fächer, der vermittelten Fachkultur und der erlebten Lehr-Lernkultur in der Eingangsphase des Studiums. Viele junge Frauen, aber auch Männer fühlen sich anscheinend von der „Kultur dieser Fächer“ zu wenig angesprochen, so dass sie dieses Fach entweder gar nicht erst als Studienfach wählen oder es nach kurzer Zeit wieder abbrechen, auch wenn sie fähig wären, es erfolgreich abzuschließen.

Ziel des Projektes ist es, Indikatoren der Fachkultur zu eruieren, mit der eine hohe Passfähigkeit zwischen Studierenden und Fach erreicht werden kann und den beteiligten Fachbereichen Ergebnisse zurückzumelden sowie Maßnahmen zu entwickeln, wie u.a. längerfristig

- die Studierendenzahlen erhöht,
- die Abbruchquoten verringert und
- der Frauenanteil gesteigert werden können.

Methodischer Zugang:

- Analyse von Selbstdarstellungsdokumenten der Studienfächer
- Teilnehmende Beobachtung von ausgewählten Vorlesungen, Übungen sowie Einführungsveranstaltungen des 1. Semesters der Fächer Elektrotechnik und Informatik
- Quantitative und qualitative Befragung von Erstsemestern
- Leitfadengestützte ExpertInnen-Interviews mit Lehrenden der beiden Fächer

Forschungsfragen:

- Wie wird für diese Fächer geworben und zwar von der Fachdisziplin und von den bereits Studierenden in der Orientierungsphase und der Studieneinführungsphase?
- Wie werden Fachwissen und Fachhabitus in den einführenden Lehrveranstaltungen vermittelt?
- Wie erleben Studentinnen und Studenten, die sich für das Fach entschieden haben, ihre Studiensituation während der ersten Semester?
- Was hat die Studierenden dazu bewogen, dieses Studium aufzunehmen? Was interessiert diese Studentinnen und Studenten? Was macht ihnen Probleme?

Marion Kamphans

Diplom-Sozialwissenschaftlerin und Journalistin. Zur Zeit Promotion zum Thema „Gender Mainstreaming in der Hochschule“. 1987-1989 Zeitungs-Volontariat, 1990-1997 Studium der Sozialwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität. Seit 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hochschuldidaktischen Zentrum der TU Dortmund. Arbeits- & Forschungsschwerpunkte: Bildungs- und Hochschulforschung, Frauen- und Geschlechterforschung, Fachkulturforschung, Medien in der Bildung, Weiterbildung und Lehre.